

A. Einleitung

I. Aufgabenstellung und Ziel der Untersuchung

Sexuelle Missbrauchsvorwürfe sind sowohl in Deutschland als auch in Österreich regelmäßiger Verfahrensgegenstand vor den Strafgerichten.¹ Wegen der bei einer Verurteilung drohenden meist hohen Freiheitsstrafe für den Angeklagten² oder die Angeklagte³ und der Schwere der Tatfolgen für das Opfer sind sie besonders akribisch zu behandeln.

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass Anschuldigungen des sexuellen Missbrauchs des öfteren falsch sind⁴ und von den Strafverfolgungsbehörden und den Strafgerichten als solche nicht erkannt werden. Der „Missbrauch mit dem Missbrauch“⁵ ist ein Problemfeld, dem sich Richter, Staatsanwälte und Verteidiger

¹ So gab es 2009 in Deutschland insgesamt 5690 „Abgeurteilte“, d. h. solche Personen, gegen die wegen §§ 174–179 dStGB das gerichtliche Verfahren eröffnet und rechtskräftig durch Verurteilung oder Freispruch abgeschlossen worden ist; Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 10, Reihe 3, 2009, S. 30. In Österreich gab es 2009 insgesamt 270 Verurteilungen wegen §§ 201, 202, 205, 206, 207 öStGB, Quelle: Statistik Austria, Gerichtliche Kriminalstatistik 2009, S. 46.

² Von einem *Angeklagten* wird in Deutschland ausgegangen, wenn „gegen den Beschuldigten einer Straftat die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen ist“, vgl. § 157 dStPO; in Österreich dann, „wenn gegen den Beschuldigten die Anklage eingebracht worden ist“, vgl. § 48 Abs. 1 Z 2 öStPO.

³ In der folgenden Darstellung wird aus Gründen der Einfachheit auf das Femininum „*die Angeklagte*“ verzichtet, die Feststellungen gelten aber ebenfalls für *Angeklagte*.

⁴ Vgl. etwa *Eschelbach/Graf*, StPO, 2010, § 261 Rn. 63; *Schwenn*, StV 2010, 705, 706; *Busse/Steller/Volbert*, Praxis der Rechtspsychologie 2000, 3, 54; *Schade*, in: Marchewka (Hrsg.), Der Verdacht auf sexuellen Mißbrauch von Kindern in familiengerichtlichen Verfahren, 1996, S. 111 ff.; für den angloamerikanischen Raum *Kanin*, Archives of sexual behavior, 1994, 81 ff.: In seiner Untersuchung über einen Zeitraum von neun Jahren haben sich 41 % der Vergewaltigungsvorwürfe als falsch herausgestellt; vgl. auch ferner den Artikel von *Gerbert*, in: FOCUS 37/2007, 2475 verlorene Jahre, S. 116; *Offe/Offe/Wetzels*, in: Marchewka (Hrsg.), Der Verdacht auf sexuellen Mißbrauch von Kindern in familiengerichtlichen Verfahren, 1996, S. 179, 186 ff. m.w.N.; vgl. exemplarisch *Rückert*, Unrecht im Namen des Volkes, 2007; *Rückert*, in: Die Zeit, 09/2011, Zwei blaue Flecke und ein Nullbefund, S. 18.

⁵ Missbräuchlich erhobener sexueller Missbrauchsvorwurf, vgl. *Gunsch/Marchewka*, in: Marchewka (Hrsg.), Schuldig auf Verdacht – Ein Interview, 1996, S. 209; vgl. auch *Fegert*, Zeitschrift für Kinder- und Jugendpsychiatrie 1995, S. 9 ff.

stellen müssen. Gerade in Missbrauchsverfahren kommt es häufig zu einer Aussage-gegen-Aussage-Konstellation, bei der allein die Aussage des „Opferzeugen“⁶ über eine Verurteilung des Angeklagten entscheidet.

Glaubt das Gericht den mitunter falschen Anschuldigungen des „Opferzeugen“, kann sich der Angeklagte trotz Beteuerung seiner Unschuld des Vorwurfs des sexuellen Missbrauchs nicht mehr erwehren. In Zeiten, in denen der Opferschutz sowohl in Deutschland als auch in Österreich eine immer größere Bedeutung erlangt,⁷ ist zu besorgen, dass eine Vernachlässigung der Beachtung prozessualer Grundprinzipien für den Angeklagten eintritt.

Gerade bei der in Fällen des sexuellen Missbrauchs schwierigen Beweissituation steht die gesamte strafprozessuale Konzeption, insbesondere das Prinzip der Unschuldsvermutung (Art. 6 Abs. 2 EMRK)⁸ und das Gebot der Fairness des Verfahrens (Art. 6 Abs. 1 S. 1 EMRK)⁹ auf dem Prüfstand.

Unter der Maxime, dass jedem Verfahrensbeteiligten in einem Prozess wegen sexuellen Missbrauchs daran gelegen sein muss, Fehlurteile zulasten eines Unschuldigen zu vermeiden – gerade wenn aktuell der Ruf nach Opferschutz groß ist – muss das Augenmerk darauf gerichtet werden, etwaige Verfahrensdefizite für den Angeklagten zu erkennen und nach Lösungen zu suchen.

Aufgabe und Ziel der vorliegenden Arbeit besteht somit darin, mögliche Verfahrensdefizite für den Angeklagten in Fällen des sexuellen Missbrauchs bei einer Aussage-gegen-Aussage-Konstellation herauszuarbeiten und etwaige Korrekturmöglichkeiten von Verteidigungsoptionen darzustellen. Zunächst wird die Verfahrenssituation in Deutschland untersucht. Hierbei ausgemachte Verfahrensdefizite sind mit der Verfahrenssituation in Österreich zu vergleichen. Dabei wird analysiert, ob für Deutschland bestehende Defizite auch im Nachbarland Österreich vorzufinden sind. Es soll festgestellt werden, ob sich die Verteidigungsposition für den Angeklagten in Österreich bei Fällen des sexuellen Missbrauchs von der in Deutschland wesentlich unterscheidet.

Eine vergleichende Betrachtung zwischen beiden Ländern bietet sich insbesondere durch die gemeinsame deutsche Sprache und durch die ähnliche Ausgestaltung

⁶ Von einem „Opferzeugen“ wird dann gesprochen, wenn es sich um den Zeugen handelt, an dem der sexuelle Missbrauch begangen worden sein soll.

Allerdings ist die Formulierung des „Opferzeugen“ in einem Strafverfahren kritisch zu beurteilen, denn bei den Beteiligten lässt der Begriff bereits vor einer rechtskräftigen Verurteilung des Angeklagten leicht den Eindruck entstehen, dass der „Zeuge“ derjenige ist, der den Missbrauch auch tatsächlich erlitten hat. Das steht im Widerspruch zu der gesetzlich garantierten Unschuldsvermutung zugunsten des Angeklagten und spricht für eine vorherige Antizipation des Beweisergebnisses. Richtiger wäre es, auch und gerade in Missbrauchsverfahren nur von dem „Zeugen“ zu sprechen.

⁷ Vgl. NK-Hassemer/Neumann, StGB, 2010, vor § 1 Rn. 10, 349; vgl. Widmaier/Endriß/Höfer/Schroth, Münchner Anwaltshandbuch Strafverteidigung, 2006, § 48 Rn. 6; Beulke, Strafprozessrecht, 2010, § 1 Rn. 4; Kier, WK-StPO, Loseblatt, Stand: ab 2002, § 10 Rn. 13.

⁸ Vgl. hierzu Roxin/Schünemann, Strafverfahrensrecht, 2009, § 11 S. 60 f.; Beulke, Strafprozessrecht, 2010, § 2 Rn. 25; Kühne, Strafprozessrecht, 2010, § 17 Rn. 301.

⁹ Vgl. hierzu Roxin/Schünemann, Strafverfahrensrecht, 2010, § 11 S. 62 f.; Beulke, Strafprozessrecht, 2010, § 2 Rn. 28; Kühne, Strafprozessrecht, 2010, § 15 Rn. 286.1.

ihrer Strafprozessordnung an. Auch das Rechtsgut der bei sexuellem Missbrauch vor allem verwirklichten Straftatbestände ist dasselbe: So stellt das österreichische Strafgesetzbuch in §§ 201, 202 und das deutsche Strafgesetzbuch in § 177 die Vergewaltigung und geschlechtliche Nötigung unter Strafe. Das Rechtsgut hierbei ist die freie sexuelle Selbstbestimmung einer Person gleich welchen Geschlechts und Alters.¹⁰ Der sexuelle Missbrauch von Unmündigen wird gemäß §§ 206, 207 öStGB bzw. §§ 176, 176a dStGB bestraft. Das Rechtsgut dieses Delikts ist die ungestörte sexuelle Entwicklung von Personen unter 14 Jahren.¹¹

Zeigt sich bei der Untersuchung, dass Deutschland und Österreich gleiche oder ähnliche Verfahrensdefizite aufweisen, können in einem zweiten Teil Verbesserungsmöglichkeiten vorgeschlagen werden. Ergibt dagegen der Vergleich, dass die Verfahrensregelungen in einem der beiden Länder besser ausgestaltet ist, kann Deutschland von Österreich oder Österreich von Deutschland lernen.

Die vorliegende Abhandlung möchte daher auch zur Verfahrensverbesserung in Deutschland und Österreich beitragen.

II. Gang der Untersuchung

Die Arbeit befasst sich nach der Einleitung (A.), einer Einführung zur Problematik von sexuellen Missbrauchsvorwürfen (B.) und der Darstellung eines Beispielsfalls (C.) mit den möglichen Verteidigungsbeschränkungen eines Angeklagten in einer Aussage-gegen-Aussage-Konstellation bei Verfahren wegen sexuellen Missbrauchs in Deutschland (D.) und in Österreich (E.).

Im Teil D. werden zunächst für Deutschland eventuelle allgemeine Verfahrensdefizite (I.) untersucht, als auch die möglichen besonderen Beschränkungen aus Gründen des Opferschutzes (II.) für den Angeklagten bei Verfahren wegen sexuellen Missbrauchs.

Bei der Untersuchung eventueller allgemeiner Verfahrensdefizite (I.) sind die Auswirkungen der Behauptung eigener richterlicher Sachkunde in der forensischen Beweislehre, insbesondere in der Aussagepsychologie und der Angewandten Kriminologie näher zu betrachten. Des weiteren ist fraglich, ob die richterliche Überzeugungsbildung entgegen psychologischen Erkenntnissen überhaupt „frei“ sein kann. In einem nächsten Schritt wird geprüft, ob sowohl wörtliche Protokollierung

¹⁰ Philipp, WK-StGB, Loseblatt, Stand: ab 1999, § 201 Rn. 5; Hinterhofer, SbgK-StGB, Loseblatt, Stand: ab Nov. 2004, Vor §§ 201 bis 220a Rn. 14; § 202 Rn. 3; Perron/Eisele, in: Schöнке/Schröder, StGB, 2010, § 177 Rn. 2; SSW-StGB/Wolters, 2009, § 177 Rn. 5; Fischer, StGB, 2011, § 177 Rn. 2; MüKo-StGB/Renzikowski, 2005, § 177 Rn. 1; vgl. auch die Überschrift des Zehnten Abschnitts des BT des österreichischen StGB: „Strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung“.

¹¹ Philipp, WK-StGB, Loseblatt, Stand: ab 1999, § 206 Rn. 1; Hinterhofer, SbgK-StGB, Loseblatt, Stand: ab Nov. 2004, Vor §§ 201 bis 220a Rn. 16; § 206 Rn. 3; Perron/Eisele, in: Schöнке/Schröder, StGB, 2010, § 176 Rn. 1; Fischer, StGB, 2011, § 176 Rn. 2; SSW-StGB/Wolters, 2009, § 176 Rn. 2; vgl. BGHSt 38, 68, 69.

als auch Ton- und Bildaufzeichnungen von Aussagen in der Hauptverhandlung fehlen, obwohl sie erhebliche aussagepsychologische Bedeutung haben. Dann wird die Problematik der Behauptung der Unzulässigkeit der „Protokollrüge“ und eines „Verbots der Rekonstruktion der Hauptverhandlung“ und insbesondere die Gefahr des revisionssicheren Urteils durch Darstellungslücken erläutert. Schließlich stellt sich die Frage, ob nicht gerade in einer Aussage-gegen-Aussage-Konstellation der „*in dubio pro reo*“ – Grundsatz verstärkt zur Anwendung kommen muss.

Unter **II.** werden mögliche Beschränkungen der Verteidigung des Angeklagten untersucht, die sich im Besonderen aus dem Opferschutz ergeben können. Auf die Rolle des „Opferzeugen“ als „Quasipartei“ am Strafverfahren ist hier einzugehen. Die Folgen der Möglichkeit der Anklageerhebung nach § 24 Abs. 1 Nr. 3 GVG zum Landgericht sind darzustellen. Weiterhin ist aufzudecken, ob die partielle Aufgabe des Prinzips der genauen Tatumgrenzung nach § 200 dStPO bei den Einzelakten einer Tatserie des sexuellen Missbrauchs eine Beschränkung der Verteidigung bedeutet. Und schließlich wird erörtert, ob eine Begrenzung der Überprüfung von Glaubwürdigkeitsbedenken aus tatfernen Umständen stattfindet.

Im Teil **E.** werden mögliche Verteidigungsbeschränkungen für den Angeklagten in Österreich untersucht. Dabei soll herausgearbeitet werden, ob möglicherweise ähnliche defizitäre Verteidigungsrechte im Allgemeinen (**I.**) und im Besonderen aus Gründen des Opferschutzes (**II.**) festzustellen sind.

Dabei werden in **I.** und **II.** die für Deutschland erarbeiteten Verfahrensdefizite der Verfahrenssituation in Österreich spiegelbildlich gegenübergestellt. Bei **II.** wird zusätzlich die kontradiktorische Vernehmung von „Opferzeugen“ nach §§ 165, 247 öStPO erläutert werden müssen.

Im Teil **F.** werden die Ergebnisse der Untersuchung schließlich verwertet. Dabei wird unter (**I.**) ein Vergleich zwischen den Ländern Deutschland und Österreich gezogen und dargestellt, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Verfahrenswirklichkeit bestehen. Daraus ergeben sich Verbesserungsvorschläge für beide Länder (**II.**), sowie jeweils für Deutschland (**III.**) und für Österreich (**IV.**).

Abgeschlossen wird die Arbeit in dem letzten Teil mit einer Zusammenfassung und einem Ausblick (**G.**) auf die zukünftige Verfahrenssituation.

Aussage gegen Aussage in sexuellen
Missbrauchsverfahren
Defizitäre Angeklagtenrechte in Deutschland und
Österreich und deren Korrekturmöglichkeiten
Wille, F.
2012, XIX, 230 S. 1 Abb., Hardcover
ISBN: 978-3-642-27421-3